

Côte d'Ivoire vor den Präsidentschaftswahlen – ein sorgenvoller Ausblick

Florian Karner

Nachdem Staatspräsident Ouattara am 06. August angekündigt hatte, eine umstrittene dritte Amtszeit anzustreben, kam es in der Folge über mehrere Tage hinweg zu teils gewalttätigen Protestaktionen im ganzen Land. Die bisherigen Zusammenstöße zwischen Vertretern der Oppositionsparteien und Teilen der Zivilgesellschaft mit Regierungssympathisanten und Sicherheitskräften forderten bisher 6 Menschenleben und über 100 Verletzte. Es kam zu einer Vielzahl an Festnahmen. Das politische Klima erscheint vergiftet, das Vertrauen zwischen breiter Bevölkerung und politischer Klasse zerrüttet. Dem über Jahre hinweg wirtschaftlichen Zugpferd der Region stehen unruhige Monate bevor.

Neuer Konflikt mit bekannten Akteuren

In Hinblick auf die am 31. Oktober 2020 geplante erste Runde der Präsidentschaftswahlen mehren sich die sorgenvollen Stimmen der nationalen und internationalen Beobachter. Das Kandidatenfeld ist noch nicht einmal offiziell bestätigt (Stichtag 31. August 2020), da wännen sich große Teile der Bevölkerung schon auf direktem Weg in die nächste fundamentale Notlage nach der Wahlkrise 2010/2011 mit mindestens 3.000 Todesopfern.

Auslöser für die zahlreichen landesweiten Ausschreitungen war die Rede Ouattaras am Vorabend des 60. Jahrestags der Unabhängigkeit Côte d'Ivoires, in der er bekannt gab, nun doch für ein weiteres Mandat zur Verfügung zu stehen. Damit gab er dem nach dem Tod des Premierministers und designierten RHDP-Präsidentschaftskandidaten Amadou Gon Coulibaly stetig gewachsenen Druck aus seiner Partei nach, sich als rettender Präsidentschaftskandidat zu präsentieren und seinen Anfang März öffentlichkeitswirksam verkündeten Rückzug aus der aktiven Politik zurückzunehmen. Ouattara sprach von einer „force majeure“ – einer höheren Gewalt – die ihn nach dem Tod des Premiers nun zu seiner Kandidatur zwänge.

Insbesondere bei den oppositionellen Anhängern der PDCI und FPI kam diese Neuigkeit gar nicht gut an. In den Oppositions-Hochburgen Daoukro (PDCI, Ex-Präsident Bédié), Yopougon/Abidjan (FPI, Ex-Präsident Gbagbo), Bonoua (FPI, Ex-Première Dame Gbagbo) und im nördlichen Ferkessedougou (GPS, Ex-Parlamentspräsident Soro) kam es zu Protestaktionen. Vielerorts wurden Haupt- und Ausfallstraßen durch brennende Reifen blockiert, in Bonoua ging das Hauptquartier der Polizei in Flammen auf. Ouattara-treue Gefolgsleute machten ebenfalls mobil und gewaltsame Aufeinandertreffen konnten nur durch zum Teil massiven Polizeieinsatz verhindert werden. Das zuständige Ministerium für territoriale Angelegenheiten verbot in der Folge weitere Demonstrationen mit dem Hinweis, bei Nichtbeachtung des Verbots hart durchgreifen zu wollen.

Ist eine dritte Amtszeit Ouattaras rechtmäßig?

Im Oktober 2016 stimmten die Ivorer in einem Referendum für eine neue Verfassung, welche das Ziel hatte, das Land nachhaltig zu reformieren und in eine stabile Dritte Republik zu führen. Ouattara hatte diese neue Verfassung schon im

Wahlkampf 2010 angekündigt. Die Opposition unterstellte ihm damals, mit der Verfassungsänderung die Begrenzung seiner Amtszeit auf zwei Mandate umgehen zu wollen, was dieser stets verneinte.

Der aktuelle Streit um die Rechtmäßigkeit einer erneuten Kandidatur Ouattaras verläuft entlang einer deutlichen Trennlinie. Das Präsidentenlager interpretiert den Art. 55 der ivoirischen Verfassung von 2016, wonach der Präsident auf fünf Jahre mit der Möglichkeit einer einmaligen Wiederwahl gewählt wird, derart, dass die letzte Wahl 2015 erfolgt sei und damit 2016 mit neuer Verfassung die Zähler auf null gestellt wurden. Ouattara kandidiere daher zum ersten Mal in der Dritten Republik und es handele sich nicht um ein drittes Mandat. Die Opposition und zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft machen deutlich, dass diese Auslegung dem Geist und stets verfolgten Ziel der Verfassung widerspräche. Die Begrenzung auf zwei Amtszeiten war schon in der Verfassung von 2000 wortgleich festgeschrieben. Im Sinne einer legislativen Kontinuität habe es zu keinem Zeitpunkt ein Aussetzen der Wirkung der Begrenzung gegeben. Diese bleibe demnach für den aktuellen Amtsinhaber verbindlich.

Klientelpolitik und Gerontokratie bestimmen nach wie vor den politischen Alltag

Die grundsätzlichen Probleme der ivoirischen Politlandschaft reichen allerdings weiter als der Zwist um die Auslegung eines Verfassungsartikels. Über fast drei Jahrzehnte hinweg hat das politische Führungspersonal erheblich an Volksvertrauen eingebüßt. Große Teile der politisch kaum repräsentierten jungen Bevölkerung – 77 Prozent sind jünger als 35 Jahre – setzen nur wenig Hoffnung in politische Akteure und Parteien, denen es um Allianzen und Machterhalt, aber zu selten um die reale Verbesserung des Alltags der Bevölkerung geht. Zwar heben Ouattara und Bédié die Bedeutung der „Jungen“ in ihren Reden stets hervor – an ihrer Politikstruktur entlang ethnisch-religiöser Überzeugungen und Klientele dürfte sich allerdings in naher Zukunft wenig ändern.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Florian Karner

Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
florian.karner@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Anna Lena Sabroso-Wasserfall

Referentin Westafrika/Sicherheit
Europäische und Internationale Zusammenarbeit

anna.wasserfall@kas.de